



Presseschau vom 05.12.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Ulrich Heyden: Baerbock nur ein Leichtgewicht? – Ein Blick in die russischen Medien

Russische Medien deuten Kritik an Baerbock und Habeck bisher nur an. Offenbar hofft man noch, dass Olaf Scholz die "grünen" Minister in Schach halten kann und will. Die Rede ist von Baerbock als Leichtgewicht, unter dem die deutsch-russischen Beziehungen aber leiden könnten.

<https://kurz.rt.com/2qr0>

Nebojša Malić: Nach Rücktritt von Jack Dorsey: Die große Zensur auf Twitter hat erst begonnen

Jack Dorsey, der Ex-CEO der Social-Media-Plattform Twitter, der mithilfe, die US-Präsidentenwahlen 2020 zu "festigen" und zudem einen amtierenden US-Präsidenten von seiner Plattform verbannte, könnte rückblickend wie ein Verfechter der freien Meinungsäußerung dastehen. Gemessen an seinem Nachfolger. ...

<https://kurz.rt.com/2qnp>

Eva Bartlett: Westliche Medien schauen lieber weg, wenn Verbrechen von Marionetten des Westens begangen werden

Syrer werfen der vom Westen unterstützten kurdischen Enklave im Norden des Landes vor, ethnische Säuberungen durchgeführt und Kindersoldaten eingesetzt zu haben, um einen neuen

antiarabischen Staat zu bilden. Die Parallelen zur Gründung Israels in den 1940er-Jahren sind frappierend. ...

<https://kurz.rt.com/2qqh>

Dagmar Henn: Corona-Maßnahmen – Die Abschaffung der Menschenwürde

Das Verfassungsgericht hat abgenickt, und die Maßnahmen werden weiter verschärft. In den nächsten Tagen könnte schon eine Impfpflicht verabschiedet werden. Die Würde des Menschen ist antastbar geworden, und sie wird angetastet. ...

<https://kurz.rt.com/2qrr>

Tom Fowdy: Der Gute bombardiert dich, der Böse baut dir eine Eisenbahn

In Laos wurde eine Eisenbahnverbindung eröffnet, die Vientiane mit China verbindet. Mit der Fracht- und Personenstrecke kann Laos seine Exporte und sein Wirtschaftswachstum steigern. Die westlichen Medien sehen darin allerdings nur eine chinesische Bedrohung. ...

<https://kurz.rt.com/2qrv>

abends/nachts:

de.rt.com: Moskau: Sowjetischer Plan von 1941 zur Zurückschlagung der Nazis veröffentlicht

Am Freitag wurden in Moskau eine Reihe historischer Dokumente erstmals für eine breitere Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Sie zeigen, wie vor 80 Jahren die Kriegsmaschinerie der Roten Armee in einer Gegenoffensive das Blatt gegen die deutschen Streitkräfte wendete, als die Wehrmacht und ihre Verbündeten 1941 auf Moskau vorrückten.

Am Freitag veröffentlichte das russische Verteidigungsministerium auf seiner Website ein neues Archiv mit dem Titel "Die große Wende bei Moskau", das "den unsterblichen Taten der Verteidiger der Hauptstadt" gewidmet ist. Es erinnert damit an den 80. Jahrestag der Schlacht um Moskau, bei der es der Sowjetarmee im Winter 1941 gelang, den Angriff des Dritten Reichs abzuwehren und die Hoffnungen der Achsenmächte auf einen schnellen Sieg über die UdSSR zunichtezumachen.

Aus den freigegebenen Dokumenten aus dem Zweiten Weltkrieg geht auch hervor, dass das kaiserliche Japan biologische Waffen und neue Gifte an sowjetischen Gefangenen testete. Neben den Dokumenten erläutert das Ministerium, dass "der Sieg der sowjetischen Streitkräfte in der Schlacht um Moskau den Mythos der Unbesiegbarkeit des faschistischen Deutschlands erschütterte, die Anti-Hitler-Koalition stärkte und die Türkei und Japan zwang, nicht in den Krieg einzutreten." Vor Moskau verlor Hitlers Armee mehr als 500.000 Soldaten und Offiziere durch Tod oder Verwundung, etwa 1.300 Panzer, 2.500 Artilleriegeschütze und über 15.000 Fahrzeuge und andere Kriegsmittel.

Die Nazis hatten sich Moskau seit Monaten genähert, wurden jedoch Anfang Dezember 1941 – vor genau 80 Jahren – von der sowjetischen Verteidigung wenige Dutzend Kilometer vor der Stadt aufgehalten. Es war der kälteste europäische Winter des Jahrhunderts. Mit Hilfe von Truppen aus Sibirien und dem Fernen Osten Russlands startete der sowjetische General Georgi Schukow ab dem 5. Dezember eine Gegenoffensive, in deren Folge die Deutschen gezwungen waren, sich mehrere Hundert Kilometer von der Hauptstadt zurückzuziehen. Obwohl die Moskauer Front bis 1943 nicht vollständig gesichert war, kamen Hitlers Truppen der Einnahme der Hauptstadt nie auch nur nahe. Die Verteidigung der Stadt wurde zum Symbol des sowjetischen Widerstands gegen die Invasion der Achsenmächte.

Das Archiv enthält die erstmals veröffentlichte Operationskarte des Generalstabs der Roten Armee mit einem Plan für die Gegenoffensive. Es enthält auch Tagebücher der an der Front stationierten Armeen und Dokumente, in denen technische Projekte für Verteidigungsanlagen skizziert werden, um einen deutschen Vorstoß von Norden her zu verhindern.

Das Ministerium wies darauf hin, dass die Veröffentlichung der Dokumente dazu diene, "die historische Wahrheit zu bewahren und zu verteidigen und der Verfälschung der Geschichte entgegenzuwirken".

Im August veröffentlichte der russische Geheimdienst FSB eine weitere Tranche historischer Kommunikatés, in denen die Qualen sowjetischer Bürger beschrieben wurden, die während des Zweiten Weltkriegs von der japanischen Armee gefangen genommen und an denen Experimente durchgeführt worden waren. Aus den Dokumenten geht hervor, dass Gefangene, die sich weigerten, für das kaiserliche Japan zu arbeiten, als Testpersonen für Gifte und bakteriologische Wirkstoffe, darunter Milzbrand und Beulenpest, eingesetzt wurden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61ab43f6b480cc379663ba05.jpg>

vormittags:

snanews.de: Weißes Haus bestätigt Bidens Videokonferenz mit Putin am Dienstag

Das Weiße Haus hat die zuvor vom Kreml angekündigte Videoschalte des russischen Präsidenten Wladimir Putin und seines US-amerikanischen Amtskollegen Joe Biden bestätigt. „Präsident Joseph R. Biden, Jr. wird am Dienstag, dem 7. Dezember 2021, eine gesicherte Videokonferenz mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin führen“, heißt es in einem Statement der Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, das am Samstag (Ortszeit) veröffentlicht wurde. Die beiden Politiker würden eine Reihe von Themen in den bilateralen Beziehungen erörtern, darunter die strategische Stabilität, Cyberfragen und regionale Angelegenheiten.

„Präsident Biden wird die Besorgnis der USA über die russischen Militäraktivitäten an der Grenze zur Ukraine unterstreichen und die Unterstützung der Vereinigten Staaten für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine bekräftigen“, hieß es in der Erklärung weiter.

Am Samstag hatte der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, bestätigt, dass der US-amerikanische und der russische Staatschef am Dienstag ein Gespräch per Videokonferenz führen sollen.

Am Vortag hatte der Berater des russischen Präsidenten, Juri Uschakow, mitgeteilt, dass die Präsidenten „die unbefriedigende Situation in bilateralen Angelegenheiten“ sowie dringende Fragen der internationalen Agenda besprechen würden. Hinzu kämen unter anderem die Lage in Afghanistan, das iranische Atomprogramm, die Krise in der Ukraine und die Lage in Libyen und Syrien.

Zudem solle der Verlauf des Dialogs über strategische Stabilität erörtert werden, so Uschakow: „Diese Kontakte sind im Gange, zwei Runden haben stattgefunden.“

Als weitere Gesprächsthemen nannte er das von Moskau vorgeschlagene Gipfeltreffen der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, den Klimaschutz und die Corona-Pandemie.

Biden hatte Putin vor einem militärischen Eingreifen in der Ukraine gewarnt und neue Initiativen zum Schutz des osteuropäischen Landes angekündigt. Putin und Biden hatten sich im Juni in Genf zu ihrem ersten Gipfel getroffen. Dabei waren unter anderem neue Gespräche über eine atomare Abrüstungsinitiative vereinbart worden.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/05/4577368_0:321:3071:2048_1920x0_80_0_0_cba1f22ea14181043327d220a95358db.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 4. Dezember 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: Gefährliche Annäherung zwischen NATO-Militärflugzeug und Passagiermaschine im Schwarzmeerraum

Die russische Zivilluftfahrtbehörde will wegen einer Annäherung zwischen einem NATO-Aufklärungsflugzeug und einer Passagiermaschine über dem Schwarzen Meer Protest erheben. Die Behörde warnt vor Risiken wegen der zunehmenden Flüge der NATO an den russischen Grenzen.

Die russische Luftfahrtbehörde Rosawiazija hat am Samstagabend Medienberichte über eine gefährliche Annäherung zwischen einem NATO-Militärflugzeug und einer russischen Passagiermaschine bestätigt. Die Behörde sieht Risiken für die zivile Luftfahrt wegen der zunehmenden NATO-Flüge in der Nähe der russischen Grenzen und warnt vor möglichen Zwischenfällen. Rosawiazija will nun über diplomatische Kanäle einen formellen Protest erheben.

Der gefährliche Zwischenfall ereignete sich am 3. Dezember um 07:53 MEZ über dem Schwarzen Meer. Ein NATO-Aufklärungsflugzeug der Klasse Bombardier CL-600 Artemis verringerte rapide die Höhe von 11.000 auf 9.200 Meter, sodass sich seine Flugroute mit dem für die Zivilluftfahrt vorgesehenen Korridor kreuzte. Zu dem Zeitpunkt befanden sich in derselben Zone ein Airbus der russischen Fluggesellschaft Aeroflot, der aus Tel Aviv nach Moskau unterwegs war, und eine maltesische CL650-Maschine, die von Sotschi nach Skopje flog. Nach Angaben von Rosawiazija versuchten Fluglotsen vergeblich, mit der Crew des Militärflugzeuges Kontakt aufzunehmen. Die Besatzung reagierte auf die mehrfachen Signale nicht. Die zivilen Maschinen mussten ihre Routen umgehend ändern.

Die Aeroflot-Pressestelle bestätigte den Zwischenfall. An Bord des Flugs SU501 seien 142 Passagiere gewesen. Die Crew der A330-300-Maschine habe tatsächlich die Anweisung bekommen, die Flughöhe zu verringern, da sich ihre Route mit jener eines anderen Flugzeugs gekreuzt habe. Die Besatzung habe das andere Flugzeug deutlich beobachtet. Laut unbestätigten Medienberichten hätte der vertikale Abstand zwischen den beiden Flugzeugen weniger als 20 Meter betragen, wenn die Aeroflot-Maschine ihre Flughöhe nicht verringert

hätte.

Im November hatte das russische Verteidigungsministerium mehrmals vor einer zunehmenden Aktivität von US- und NATO-Flugzeugen entlang der russischen Grenze im Schwarzmeerraum gewarnt. Erst am 3. Dezember begleiteten russische Jagdflugzeuge der Klasse Su-27 und Su-30 zwei US-Militärflugzeuge über dem Schwarzen Meer.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61ac6703b480cc03a7535d3c.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 5. Dezember um 9:00 Uhr 20.861 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. 677 Personen sind derzeit erkrankt, 17.225 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 2959 Todesfälle.

snews.de: **Vor Erdogan-Rede: Bombe unter Polizeiauto entdeckt**

Türkische Sicherheitskräfte haben eine Bombe unter dem Auto eines Polizisten entdeckt, der bei einer Rede von Präsident Recep Tayyip Erdogan in der Stadt Siirt eingesetzt werden sollte. Das teilte die Agentur Anadolu am Sonntag mit.

Demnach wurde der Sprengsatz am Samstag unter dem Privatauto eines Bereitschaftspolizisten aus der Stadtgemeinde Nusaybin in der Provinz Mardin gefunden. Von dort aus habe er ins 200 Kilometer entfernte Siirt fahren sollen, um die Sicherheit bei einer Veranstaltung mit dem türkischen Präsidenten zu gewährleisten.

Wie es heißt, wollte er sich gerade zur Veranstaltung begeben, als sein Freund, ebenfalls ein Polizist, einen Gegenstand unter dem Fahrzeug entdeckt hatte. Die Bombe sei entschärft und eine Untersuchung eingeleitet worden. Nach den Tätern werde zurzeit gefahndet.

Präsident Erdogan nahm tagsüber an mehreren Veranstaltungen in Siirt teil.

Tausende Demonstranten fordern Erdogans Rücktritt

Am Samstag hatten mehrere Tausend Menschen in der südtürkischen Stadt Mersin angesichts der ausufernden Inflationsrate und des rasanten Lira-Absturzes für den Rücktritt von Präsident Erdogan demonstriert.

Indes sagte Erdogan gegenüber seinen Anhängern in Siirt im Südosten des Landes, dass zu seiner Kundgebung mehr Menschen gekommen seien als zu der Demonstration der Opposition.

Der Präsident rief die Bürger dazu auf, das Vertrauen in die Volkswirtschaft zu wahren und versprach, die Lage zu stabilisieren. Einer der Gründe für den Preisanstieg sind ihm zufolge die stark gestiegenen Rohstoffpreise auf den Weltmärkten.

Erdogan steht in der Kritik, die Hauptverantwortung für den schlechten Währungskurs und

auch die hohe Inflation zu tragen. Die türkische Lira hat in diesem Jahr rund 47 Prozent an Wert verloren und verzeichnete in dieser Woche ein Rekordtief von 14,0 zum US-Dollar.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/05/4577524_0:102:3079:1833_1920x0_80_0_0_e12fb361ecb0088cdbc1a87b0e4af2ac.jpg

Mzdnr.ru: Am 4. Dezember wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektionen durchgeführt.

In den letzten 24 Stunden wurden 57 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 17 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 32 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1479 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 857 mit Sauerstoffunterstützung (+18 in den letzten 24 Stunden).

Am 5. Dezember um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 110.973 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

6141 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 96.403 als gesund entlassen, es gibt 8429 Todesfälle.

nachmittags:

de.rt.com: Maria Sacharowa verspottet Bild-Zeitung wegen angeblichen Einmarschplans Russlands

Maria Sacharowa hat der Zeitung Bild Propaganda vorgeworfen. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums verspottete "Putins Einmarschplan in die Ukraine", den das Blatt am Samstag veröffentlicht hatte. Die Diplomatin entdeckte dort eine Bezeichnung aus der Nazizeit.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat am Samstagabend die von der Zeitung Bild veröffentlichte Karte kommentiert, die zeigen soll, wie der russische Präsident Wladimir Putin angeblich in die Ukraine einmarschieren will. Die Diplomatin sah darin Propaganda und vermutete sogar Antisemitismus in der Bild-Redaktion. Allem Anschein nach habe das Blatt in den deutschen Archiven gestöbert und zum Korrekturstift gegriffen, um die Karte nach dem Motto "Alles Neue ist gut vergessenes Altes" zu veröffentlichen.

Die Diplomatin wurde darauf aufmerksam, dass die Stadt Lwow auf der Karte als Lemberg gekennzeichnet sei, während das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland in seinen offiziellen Dokumenten die Stadt als Lwiw bezeichne.

"Aber auf den Karten aus dem Jahr 1942, als die Stadt besetzt war, wurde noch der österreichisch-ungarische Name Lemberg verwendet. Von den Nazis. Von welcher Karte zeichneten die deutschen Journalisten ab?"

Sacharowa zufolge könnte die Karte der Ostukraine dagegen aus dem Büro des ukrainischen Präsidenten stammen, da die Stadt Dnepropetrowsk dort als Dnipro gekennzeichnet sei. Die Umbenennung sei nämlich erst vor fünf Jahren im Laufe der "Entkommunisierung" erfolgt.

Die Bild dürfte die Karte zusammengeklebt und den angeblichen Einmarschplan bei einer Quelle in Übersee gesehen und kreativ überarbeitet haben.

Die Diplomatin kommentierte außerdem die angebliche erste Phase des Krieges, wonach das russische Militär den Süden der Ukraine erobern würde, um unter anderem die Versorgung der Schwarzmeer-Halbinsel Krim zu sichern.

"Die deutschen Wunderjournalisten haben keine Ahnung, dass die Krim-Brücke seit ein paar Jahren die Krim-Versorgung sichert!"

Nach Angaben der Bild würden die russische Luftwaffe und ballistische Raketen parallel zur ersten Phase die militärischen Kapazitäten der Ukraine im ganzen Land schwächen.

Sacharowa sah darin keinen Zusammenhang zu Russland:

"Genossen, meine lieben Genossen, was hat Russland damit zu tun? Das Regime in Kiew schwächt selbst seit mehreren Jahren erfolgreich die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine."

In der dritten Phase würden Russlands Streitkräfte laut dem Bild-Artikel bis zu einer Linie Korosten-Uman vorrücken und Kiew zu einer Kapitulation zwingen. In diesem Zusammenhang schrieb die russische Diplomatin, Uman sei eine wichtige Pilgerstätte chassidischer Juden.

"Was deutet die Bild an? Auch wenn man in Deutschland journalistische Lügen schon gewohnt ist, kann dieses Trolling die Zeitung teuer zu stehen kommen, wenn man die Tatsache berücksichtigt, dass man neulich unter den deutschen Journalisten einen krasser Antisemitismus aufgedeckt hat."

Zuvor hatten viele westliche Medien über eine angebliche Invasion Russlands in der Ukraine spekuliert. Die Regierung in Kiew dementierte anfangs die Meldungen über eine Aufstockung russischer Truppen an der Grenze, begann aber später, von einer möglichen Aggression aus dem Nachbarland zu sprechen. Die Regierung in Moskau wies solche Anschuldigungen bereits mehrmals zurück und nahm an, dass die NATO solche Medienberichte als Anlass nutze, um mehr eigene Kräfte an der Grenze zusammenzuziehen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61ac9d1db480cc48626b9f7a.jpg>

snanews.de: **Irans Armee gibt Entwarnung: Explosion am Himmel nahe Atomanlage war Raketentest**

Ein lauter Knall und ein Aufleuchten am Himmel unweit der iranischen Atomanlage Natanz haben am Samstag die Anwohner aufgeschreckt. Nun gibt Irans Militär Entwarnung: In der Gegend sei ein Raketenabwehrsystem getestet worden.

Iranische Medien hatten am Samstagabend von einer heftigen Explosion am Himmel der Stadt Badrud berichtet. Badrud liegt etwa 20 Kilometer von der Atomanlage Natanz entfernt. Durch die Explosionswelle seien die Türen mehrerer umliegender Häuser beschädigt worden. Kurz danach erklärte die iranische Armee, dass in der Region ein Raketensystem aus

Eigenproduktion erprobt worden sei. „Vor einer Stunde wurde unser Raketensystem in der Region getestet, um unsere Gefechtsbereitschaft zu überprüfen“, sagte ein Militärsprecher im Staatsfernsehen nach Angaben der „Frankfurter Allgemeinen“ (FAZ). „Es gibt keinen Grund zur Sorge.“

In Natanz wird dem Blatt zufolge Uran angereichert, die Kapazität der Anlage war unlängst nach Angaben der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) erhöht worden. Ein Gesetz, das das iranische Parlament im November vergangenen Jahres verabschiedet hat, berechtigt das Land dazu, die Inspektion seiner Nuklearanlagen durch die IAEA zu stoppen und die Urananreicherung über die im Atomabkommen von 2015 festgelegte Grenze hinaus zu steigern.

Die USA hatten das international ausgehandelte Abkommen 2018 einseitig aufgekündigt und wieder Sanktionen gegen den Iran verhängt. Danach zog sich auch Teheran aus der Vereinbarung schrittweise zurück. Nach dem Amtsantritt Joe Bidens als 46. Präsident der USA im Januar 2021 schlug seine Administration dem Iran Verhandlungen über eine Rückkehr zum Atomabkommen vor.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/05/4578774_0:0:2953:1662_1920x0_80_0_0_ef5abe48c0d14ec62dec00f6c2b5c78d.jpg

snanews.de: **Nach Vorfall mit Nato-Aufklärungsflugzeug: Russische Luftfahrtbehörde will Protest einlegen**

Angesichts der Risiken für die Sicherheit der zivilen Luftfahrt, die die Flüge der Nato-Militärflugzeuge über dem Schwarzen Meer mit sich bringen, will die russische Luftfahrtbehörde Rosawiazija nach eigenen Angaben einen Protest über diplomatische Kanäle anregen.

Eine Sprecherin der Föderalen Agentur für Lufttransport bestätigte, dass sich ein Aufklärungsflugzeug der US-Luftwaffe am Freitagmorgen einem russischen Passagierflugzeug im Luftraum über dem Schwarzen Meer genähert hatte.

„Um 09:53 Uhr morgens am 3. Dezember führte ein Nato-Aufklärungsflugzeug CL600 über dem Schwarzen Meer in der Nähe des Zuständigkeitsbereichs der russischen Luftverkehrsdienste einen Flug mit einer intensiven Senkung der Flughöhe von 11.000 auf 9200 Meter durch und überquerte dabei die für die zivilen Flugzeuge festgelegte Flugroute“, sagte die Sprecherin am Samstagabend.

Die Besatzung des Militärflugzeugs habe nicht auf die wiederholten Anfragen von Fluglotsen reagiert, betonte sie.

Zur gleichen Zeit sollen sich in dem betreffenden Gebiet zwei zivile Flugzeuge befunden haben. Es handele sich um eine Maschine A330 der russischen Fluggesellschaft Aeroflot, die von Tel Aviv nach Moskau unterwegs gewesen sei. Zudem habe ein maltesisches Flugzeug CL650, das von Sotschi nach Skopje gestartet sei, das Gebiet überflogen.

„Die Kurse und die Flugflächen der zivilen Flugzeuge wurden umgehend geändert“, sagte die Sprecherin. Dank dieser Maßnahmen hätten die russischen Fluglotsen die sichere Durchführung von Flügen in dem oben genannten Gebiet über dem Schwarzen Meer gewährleistet.

Aeroflot bestätigt den Vorfall

Auch der Pressedienst von Aeroflot bestätigte den Vorfall. An Bord des russischen Flugzeuges A330-300 befanden sich demnach 142 Passagiere. Zudem bestätigte die Fluggesellschaft, dass die russische Maschine tatsächlich die Flugfläche ändern musste. Die Anweisung sei von Fluglotsen gekommen und „war darauf zurückzuführen, dass die Flugbahn von einem anderen Luftfahrzeug überquert wurde“, hieß es.

Bei der Erfüllung der Anweisung der Fluglotsen habe die Besatzung der Passagiermaschine dieses Luftfahrzeug visuell beobachten können.

Nato-Militärflugzeuge gefährden Passagierflüge über Schwarzem Meer

„Im Luftraum über den offenen Gewässern des Schwarzen Meeres wurden Bedrohungen für zivile Flüge verhindert. Die zunehmende Intensität der Nato-Flugzeuge in der Nähe der Grenzen der Russischen Föderation, unter anderem über dem Schwarzen Meer, birgt Risiken gefährlicher Zwischenfälle in Bezug auf zivile Flugzeuge“, erläuterte die Sprecherin von Rosawiazija.

„Da die oben genannten Flüge von Militärflugzeugen ohne Funkverbindung Risiken für die Sicherheit von Flügen ziviler Flugzeuge im Schwarzmeerraum darstellen, werden die russischen Luftfahrtbehörden die Einlegung eines Protests über diplomatische Kanäle anregen“, fügte sie hinzu.

US-Militärflugzeuge, darunter Aufklärungsflugzeuge, überfliegen regelmäßig das Schwarze Meer, sodass Maschinen der russischen Luftwaffe in die Luft abheben müssen, um die ausländischen Flugzeuge zu begleiten und eine Verletzung der Staatsgrenze zu verhindern. Ende November hatte Verteidigungsminister Sergej Schoigu auf die Intensivierung der Aktivitäten von Nato-Ländern nahe der russischen Grenzen hingewiesen. Unter diesen Umständen sei Moskau gezwungen, die Kampfbereitschaft seiner Nuklearstreitkräfte aufrechtzuerhalten und die Fähigkeiten seiner nichtnuklearen Abschreckungskräfte auszubauen, betonte er.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/05/4578854_0:317:3077:2048_1920x0_80_0_0_3952d88baa2702db3698f345bae45ad5.jpg

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 5.12.2021
In den letzten 24 Stunden wurde keine Verletzung von Punkt 2 des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die Kiewer Besatzer 19 Stück

Waffen und Militärtechnik in drei von der Ukraine kontrollierten Ortschaften stationiert.

Aus dem Bestand der 30. mechanisierten Brigade:
17 T-64-Panzer an einem zivilen Objekt in Artjomowsk;
ein Schützenpanzerwagen in Klinowoje.

Aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade:

ein Schützenpanzerwagen im Gebiet von Nowobachmutowka.

Gemäß dem offiziellen Bericht des OSZE-Mission vom 4. Dezember 2021 wurde die **Anwesenheit ukrainischer Kämpfer** der 93. mechanisierten Brigade **auf den ehemaligen Positionen der ukrainischen Streitkräfte** im Gebiet der Trennung von Kräften und Mitteln **im Gebiet von Petrowskoje** festgestellt.

Außerdem wurden gemäß dem Bericht der Mission wieder Fälle der **Eröffnung des Feuers** von den Positionen der 25. Luftlandebrigade **auf das Gelände der Donezker Filterstation** festgestellt.

Nach uns vorliegenden Informationen wurden am 2. Dezember mit dem Personal der 56. Brigade auf einem Übungsplatz planmäßige Übungen zur Schießausbildung durchgeführt, dazu wurde Munition für Schusswaffen geliefert. Nach der Ankunft auf dem Übungsplatz wurde klar, dass die Munition mit Rost bedeckt und zum Schießen unbrauchbar war. Um ein Scheitern der planmäßigen Übungen zu verhindern, war der Bataillonskommandeur gezwungen, Munition zu verwenden, die für die Ausführung von Kampfaufgaben an der Kontaktlinie vorgesehen war.

Bei einer vorläufigen Untersuchung wurde festgestellt, dass die unbrauchbare Munition im Rahmen der militärisch-technischen Hilfe aus Litauen im Zusammenhang mit bilateralen Vereinbarungen über eine Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung eingetroffen ist. Inzwischen hat der Kommandeur der OOS die Brigadekommandeure beauftragt, die gesamt Munition, die von westlichen Partnern geliefert wurde, zu überprüfen.

Nach Informationen von Einwohnern von Granitnoje gab es gestern einen weiteren Verkehrsunfall unter Beteiligung von Kämpfern der 93. Brigade. Nach der Bearbeitung von Dokumenten im Auftrag des übergeordneten Stabs fuhr der Kommandeur des 2. mechanisierten Bataillons eilig mit einem Ural-Lastwagen zum Brigadestab. Beim Überqueren einer Kreuzung bei roter Ampel, rammten die Militärs ein ziviles Auto. Das Opfer versuchte die Verursacher des Verkehrsunfalls mit der Handykamera zu filmen, aber die Militärs konfiszierten dieses und wandten gegen über dem Fahrer grobe physische Gewalt an. Ohne auf die Polizei zu warten, flohen die ukrainischen Kämpfer vom Ort des Geschehens. Zu diesem Fall werden Fahndungsmaßnahmen durchgeführt.

snanews.de: „Wenn Putin Waffen einsetzt...“: EVP-Fraktionschef spricht von „Ende“ der Nord Stream 2 wegen Ukraine

Der Vorsitzende der EVP-Fraktion im EU-Parlament, Manfred Weber, hat vor einer möglichen militärischen Eskalation des Ukraine-Konflikts gewarnt und die Ampel-Koalition in diesem Zusammenhang aufgefordert, besser über die Genehmigung der Pipeline Nord Stream 2 nachzudenken.

„Wenn Putin Waffen einsetzt, dann ist die Gaspipeline Nord Stream 2 am Ende“, sagte Weber der „Bild am Sonntag“ einem Vorabbericht zufolge.

Eine Inbetriebnahme wäre, so der Politiker, dann ausgeschlossen. Diesen Preis muss die künftige Bundesregierung aus seiner Sicht klar benennen. Die Situation sei „ein Test für die Nato und die westliche Wertegemeinschaft. Es war wichtig, dass die Nato klargestellt hat, dass eine russische Aktion gegen die Ukraine einen hohen Preis haben wird.“

Angespannte Beziehungen zwischen Russland und dem Westen

Viele westliche Staaten werfen zurzeit Russland eine angebliche militärische Aktivität und Truppenverlegung an der ukrainischen Grenze vor und sagen eine mögliche Invasion gegen

das Land voraus.

Vor diesem Hintergrund haben mehrere Politiker der Ukraine weitgehende militärische Unterstützung inklusive der angestrebten Waffenlieferungen zugesichert und Russland mit „ernsthaften“ Konsequenzen gedroht.

Die Regierung des US-Präsidenten, Joe Biden, hat etwa bekundet, die Entsendung von Militärberatern und die Lieferung von militärischer Ausrüstung inklusive Waffen in die Ukraine in Erwägung zu ziehen.

Großbritannien seinerseits hat sich, wie die Zeitung „The Times“ unter Berufung auf einen Kommandeur der britischen Feldarmee berichtete, bereit gezeigt, Hunderte Einheiten Militärtechnik, darunter Panzer und Drohnen, nach Deutschland zu verlegen – für den Fall einer Eskalation mit Russland. Als Teil der größten Umgestaltung der Armee seit zwei Jahrzehnten will London drei neue Stützpunkte eröffnen – in Deutschland, Kenia und Oman. Litauens Präsident Gitanas Nauseda, Polens Staatschef Andrzej Duda und der ukrainische Präsident, Wladimir Selenski, haben in einer am Donnerstag veröffentlichten gemeinsamen Erklärung neue Sanktionen gegen Russland gefordert. Zudem haben sie Russland erneut aufgerufen, die Spannungen abzubauen, indem es „seine Truppen von den ukrainischen Grenzen und vorübergehend besetzten Gebieten abzieht“.

Litauen und Polen haben dabei ihre volle Unterstützung für die Mitgliedschaft der Ukraine in der EU und in der Nato bekundet.

Moskau hat sich im Gegenzug wiederholt besorgt über den Aufbau von Nato-Streitkräften in Europa geäußert. Der Kreml betonte, dass Russland für niemanden eine Bedrohung darstelle, aber Handlungen, die potenziell gefährlich für seine Interessen seien, nicht ignorieren werde.

Nord Stream 2

Der russische Konzern Gazprom hatte am 10. September die Fertigstellung der Gasleitung Nord Stream 2 bekanntgegeben. Anfang Oktober wurde verkündet, dass der erste Strang der Pipeline bereits mit Gas befüllt worden sei.

Die USA hatten versucht, das Nord Stream 2-Projekt durch Sanktionen zu verhindern, um Europa nach offizieller Darstellung davon abzuhalten, in größere Abhängigkeit von Russland zu geraten. Moskau wertet diese Einflussnahme der Vereinigten Staaten als Ausdruck unfairen Wettbewerbs. Die russisch-europäische Gaspipeline sei ein rein wirtschaftliches und kein politisches Projekt.

Sollte die Bundesnetzagentur und anschließend die EU-Kommission der Zertifizierung der Nord Stream 2 AG bzw. ihrer nach deutschem Recht zu gründenden Tochtergesellschaft demnächst zustimmen, können jährlich bis zu 55 Milliarden Kubikmeter Erdgas über die russisch-europäische Pipeline aus Russland nach Deutschland auch zur Weiterleitung in andere EU-Staaten geliefert werden.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/09/08/3506806_0:0:1620:912_1920x0_80_0_0_0ded86b83b2ca601ce41db498b274df3.jpg

snews.de: **Ankara erwägt Kooperation mit Russland bei Produktion eigener Kampffjets**

Die Türkei zieht laut dem türkischen Verteidigungsminister Ismail Demir in Betracht, mit Russland bei der Produktion eigener Jagdflugzeuge zusammenzuarbeiten.

„In unseren Verhandlungen mit Russland gibt es viele Punkte der Zusammenarbeit. Dazu gehören einige Fragen, die mit der Entwicklung unseres nationalen Kampfflugzeuges, das 2023 aus dem Hangar rollen wird, zusammenhängen. Es gibt einen Triebwerktyp und bestimmte Systeme, die wir ausgewählt haben. Mit der Zeit werden sich aber bestimmte Systeme einer Veränderung, Entwicklung und Erneuerung unterziehen. Während dieses Prozesses können auch Gespräche mit Russland stattfinden“, zitierte die Zeitung „Hurriyet“ den Minister.

Zuvor hatte der türkische Minister für Industrie und Technologie, Mustafa Varank, gegenüber RIA Novosti gesagt, dass Ankara die Möglichkeit nicht ausschließe, russische Kampffjets der Typen Su-35 und Su-57 zu erwerben. Seine Priorität sei aber die Entwicklung eines eigenen Kampffjets der fünften Generation.

Russland könnte der Türkei bei Entwicklung von Kampffjet fünfter Generation helfen

Mitte November hatte der Chef der föderalen Behörde für militärtechnische Zusammenarbeit, Dmitri Schugajew, auf der Dubai Airshow mitgeteilt, dass Moskau Gespräche mit Ankara über die Unterstützung bei der Entwicklung eines Kampffjets der fünften Generation führe. Russland hat ihm zufolge immer wieder seine Bereitschaft bekundet, die Republik Türkei (beim Bau eines Kampffjets der fünften Generation – Anm. d. Red.) zu unterstützen.



https://cdn1.snews.de/img/07e4/0c/0e/161273_0:100:1921:1180_1920x0_80_0_0_271d779c399525aba7ded8dc119a5e96.jpg

snews.de: **Borrell: EU arbeitet an Regelung der Krise zwischen Russland und Ukraine**

Die EU nimmt laut dem Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, diplomatische Bemühungen auf, um eine Krise an der russisch-ukrainischen Grenze zu verhindern, und unterstützt Kiew angesichts einer möglichen Bedrohung.

„Wir setzen unsere diplomatischen Möglichkeiten ein, um Russland klarzumachen, dass dies (ein Angriff – Anm. d. Red.) ein schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht wäre“, äußerte er in einem Interview mit der italienischen Zeitung „La Repubblica“.

Es gehe darum, Moskau „das Panorama der möglichen Folgen zu veranschaulichen“, so Borrell.

„Die Ukraine ist sicherlich ein Partner, ein Verbündeter. Wir werden also an ihrer Seite stehen. Die Vereinigten Staaten haben sehr deutlich gemacht, dass jede Art Angriff von Seiten Russlands nicht ohne Folgen bleiben wird“, äußerte er.

Der EU-Außenbeauftragte verwies darauf, dass nächste Woche in Brüssel ein Treffen mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft stattfindet. Die Zusammenkunft sei eine Möglichkeit für die Europäische Union, „eine starke Unterstützung für die Ukraine zu bekräftigen“.

„Meine Worte sollten nicht missdeutet werden. Wir arbeiten daran, eine Krise zu verhindern, aber im Notfall wird die EU fest hinter der Ukraine stehen“.

Die Ukraine und die westlichen Länder haben sich in der letzten Zeit über die Zunahme von „aggressiven Aktivitäten“ besorgt gezeigt, die Russland diesen Herbst angeblich an der Grenze zur Ukraine unternahme.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow betonte in diesem Zusammenhang, Moskau habe keine aggressiven Pläne. Russland bewege seine Truppen innerhalb seines Staatsgebietes und nach eigenem Ermessen. Dies sollte niemanden beunruhigen.

Die Beziehungen zwischen Moskau und Kiew hatten sich nach der Wiedervereinigung der Halbinsel Krim mit Russland und vor dem Hintergrund des bewaffneten Konflikts in der Ostukraine verschlechtert. Die ukrainischen Behörden warfen Russland mehrmals vor, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen, und stuften es im Januar 2015 offiziell als „Aggressor“ ein. Russland betonte wiederholt, keine Partei im innerukrainischen Konflikt und kein Subjekt der Minsker Abkommen zu sein.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/05/4581014_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_6c27df21c46b559e486728bd7a5ba53e.jpg

Dnronline.su: In der Sendung „Solowjow Live“ antwortete das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin auf einige Fragen über das Leben in der Republik.

Zur Frage, über die Lage an der Kontaktlinie:

„Es gibt eine sehr ernsthafte Verschärfung. Nach einigen Parametern eine der ernstesten seit 2014-2015: bezüglich der Zahl der zusammengezogenen Technik und des Personals. Und bezüglich der Hysterie, die jetzt in Kiew von höchsten Funktionsträgern zu hören ist, einschließlich des Präsidenten. Deshalb kann alles mögliche passieren. Wir sind uns dessen bewusst. Aber wenn wir ein hier sitzen und warten oder uns nur auf den Krieg konzentrieren – das ist unzulässiger Luxus. Deswegen arbeiten wir auch an der Ökonomie.“

Es wurde auch die Frage der Preisentwicklung aufgeworfen. Die Preise in der Republik sind bisher noch sehr hoch, sagte Denis Puschilin, aber nach seinen Worten wird sich die Situation ändern, wenn der Erlass des Präsidenten der RF in Bezug auf Import und Export von Waren umgesetzt wird.

„Bei uns gibt es viele Zölle von Seiten der RF und das wirkt sich natürlich auf die Preise aus. Die Preise werden sinken“, erklärte er.

Auf die Frage zu den Löhnen antwortete Puschilin, dass die Republik anstrebt, auf das Niveau der benachbarten russischen Regionen zu kommen.

„Gegenüber Rostow fallen wir jetzt zurück, aber bis 2024, selbst unter Berücksichtigung von Inflation, planen wir auf dieses Niveau zu kommen. Das ist unsere Aufgabe“, unterstrich Denis Puschilin.

Bezüglich der Zahl der Bevölkerung in der Republik, erklärte das Staatsoberhaupt, dass dort 2,3 Millionen Menschen leben.

„Ja, ein Teil der Jugend geht weg. Sie haben ihre Lebenspläne im Zusammenhang mit Russland, das ist nicht verwunderlich. Auf der anderen Seite wissen wir sehr gut, dass ein großer Teil von Menschen zurückkehrt. Diejenigen, die 2104, 2015 weggegangen sind... Hören Sie sich die an, die ihr Haus, ihre Heimatstadt verlassen haben, sie wissen wie es ist, in der Ferne zu leben, wo alles fremd ist“, sagte Denis Puschilin und fügte hinzu, dass die Rückkehr der Menschen von einer Steigerung der Löhne befördert werden wird, durch die Tilgung von Lohnrückständen. Außerdem läuft Arbeit zur Unterstützung junger Spezialisten. Im Verlauf des Gesprächs wurde die Frage der Ausweitung der Zusammenarbeit mit der LVR, den Regionen Russlands und der Republik Belarus erörtert.

„Wir arbeiten mit Belarus. Es war nur bis zur Erlass des Präsidenten sozusagen eine lange Kette. In diesem Monat arbeitet die Regierung der RF an einer normativ-rechtlichen Basis, aber wir haben auch nicht das Recht abzuwarten. Am 14. des Monats ist bei uns ein Runder Tisch für Unternehmer und schon einer Reihe von Regionen, nicht nur die Krim, werden teilnehmen. Das sind Baschkirostan, Nishnij Nowgorod und Pensa. Bis jetzt ist vereinbart, dass sie auch eine Gruppe von Unternehmen und Vertreter der zuständigen Ministerien entsenden werden, um dabei zu helfen, dass die Unternehmen in Kontakt kommen. Mit dem Erlass des Präsidenten haben sich die Möglichkeiten um ein Mehrfaches vergrößert“, sagte Denis Puschilin.

Was die Grenzen betrifft, so werden sie noch bleiben.

„Und bis jetzt läuft da nicht alles glatt, so wie es unsere Bürger möchten. Aber die Situation wird buchstäblich mit jeder Woche besser. Und es ist eine Tendenz sichtbar. Ich fahre auch dorthin, um die Schlägen und so weiter zu kontrollieren. Das heißt, wir beseitigen Fehler“, sagte das Oberhaupt der DVR.

Auf die Frage, ob der Donbass sich vorstellt, wie er leben würde, wenn er plötzlich im Inneren der Ukraine wäre, sagte das Oberhaupt der DVR kategorisch:

„Nein, das ist nicht mehr so. Wir sind mental weit entfernt. Wir sehen mit Entsetzen, was dort geschieht – diese Informationen kommen in Telegram-Kanälen, in youtube-Kanälen. Man sieht, wie schlimm das ist. Das ist schlimmer als es war“.

Auf die Fragen bezüglich der Position des ukrainischen Präsidenten in Bezug auf eine friedliche Regelung des Konflikts antwortete Denis Puschilin, dass früher bestehende Hoffnungsschimmer völliger Enttäuschung gewichen seien.

„Wissen Sie, Hoffnungsschimmer gab es. Sagen wir es so. Aber natürlich sind wir in die Realität zurückgekehrt und wissen, dass die USA das nicht zulassen werden. Aber Hoffnungen gab es trotzdem“, sagte Denis Puschilin und fügte hinzu, dass die größten Hoffnungen auf Selenskij bei Bürgern der Ukraine bestanden, die für ihn stimmen. „Aber es lief alles ganz anders. Möglicherweise hatte er Pläne, aber die wurden ihm nicht erlaubt. Genauso wie bei Poroschenko“.

Zum Abschluss gab es die Frage, ob er überzeugt sei, dass Russland sie nicht im Stich lassen wird. Denis Puschilin antwortete, dass er davon voll und ganz überzeugt ist.

de.rt.com: **Dutzende Tote bei Terrorangriff im Niger – Wachsender Zorn der Bevölkerung auf Frankreich**

Trotz der massiven Militärpräsenz Frankreichs kommt die Sahelregion nicht zur Ruhe. Nun schlugen islamistische Terroristen erneut zu und töteten im Niger Dutzende Zivilisten. Derweil wächst vor Ort der Zorn auf Frankreich weiter an. Zuletzt wurde ein Militärkonvoi von Demonstranten aufgehalten. Es kam zu Toten und Verletzten.

Bei einem Angriff mutmaßlicher islamistischer Rebellen auf eine Armeebasis im westafrikanischen Krisenstaat Niger wurden nach offiziellen Angaben 79 Angreifer und 29 Soldaten getötet. Die Bewaffneten seien mit Hunderten Motorrädern auf den Stützpunkt in der Region Tillabéri zugefahren, teilte ein Armeesprecher am Sonntag mit. Es handelte sich um eine Basis der G5-Sahel, einer Gruppe, in der Mauretanien, der Niger, Tschad, Mali und Burkina Faso gemeinsam gegen Aufständische in der Sahelregion kämpfen.

Bis zum Sonntag bekannte sich zunächst niemand zu dem Angriff. Im Niger und in Nachbarländern wurden im Zuge des Regimewechsels in Libyen 2011 zahlreiche islamistische Gruppen aktiv. Einige sind mit dem Terrornetzwerk al-Kaida oder der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) verbündet.

Der jüngste Angriff ereignete sich in einer Atmosphäre zunehmender Kritik der Bevölkerungen in den Sahelstaaten Niger und Mali an der französischen Regierung und deren Militäreinsatz "gegen den Terrorismus" vor Ort. Der Zorn gegen den nach Ansicht weiter Teile der Zivilbevölkerung eher kontraproduktiven französischen Militäreinsatz entzündete sich zuletzt an der Durchfahrt eines Versorgungskonvois der französischen Armee auf dem Weg nach Mali.

Die Fahrzeugkolonne sollte auf der seit Beginn der französischen Militäroperation Barkhane in der Sahelzone üblichen Route von Burkina Faso über den Niger in den Norden Malis nach Gao fahren.

In den Städten Bobo-Dioulasso und Ouagadougou, der Hauptstadt Burkina Fasos, sowie im nigrischen Téra blockierten jedoch Demonstranten den Konvoi und bewarfen die von lokalen Sicherheitskräften eskortierten Fahrzeuge mit Steinen. In Kaya und Téra wurden mindestens 18 Demonstranten durch Schüsse verletzt, elf davon schwer. Mindestens zwei Menschen wurden getötet.

Augenzeugen machen das französische Militär verantwortlich, Frankreich streitet die Vorwürfe jedoch ab. Derweil teilte der französische Armeesprecher Pascal Ianni gegenüber der Nachrichtenagentur AFP mit, dass "kein französischer Soldat verwundet" worden sei. Das französische Militär habe zudem lediglich "Warnschüsse" abgegeben.

Die nigrische Regierung stellte sich zuletzt an die Seite Frankreichs und sprach von Protesten "sehr gewalttätiger Demonstranten".

"Der Konvoi der französischen Barkhane-Truppe, der von der nationalen Gendarmerie begleitet wurde, wurde in Téra in der Region Tillabéri, wo er die Nacht verbracht hatte, von sehr gewalttätigen Demonstranten blockiert."

Am Freitag drückte der nigrische Präsident Mohamed Bazoum seine Dankbarkeit gegenüber Frankreich aus und lobte dessen Opfer in der Sahelzone. Teile der Zivilbevölkerung werfen der Regierung indes Verrat und den Ausverkauf des Niger an Frankreich vor. Niger zählt nicht nur zu den ärmsten Ländern der Welt, sondern ist gleichzeitig einer der weltweit größten Uranproduzenten. Eine Untersuchung soll nun die genauen Hintergründe des tragischen Vorfalles klären. Am Sonntagabend traf der Militärkonvoi im malischen Gao ein.

Eine wachsende Zahl von Menschen im Sahel wirft Frankreich Neokolonialismus unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung vor. Dass die Situation vor Ort sich keineswegs verbessere, sondern immer weiter eskaliere, sei kein Zufall, so der Vorwurf, sondern Kalkül.

Kurz vor dem Terrorangriff im Niger waren bei einem Anschlag auf einen mit Dutzenden Menschen besetzten Lastwagen in Mali mindestens 31 Menschen getötet worden.

Anfang Oktober warf der malische Premierminister Choguel Kokalla Maïga Frankreich unter anderem vor, in dem westafrikanischen Land operierende terroristische Gruppen auszubilden. Die Regierung verfüge über entsprechende Beweise.

Demzufolge hätten französische Truppen in Kidal, einer Stadt im Norden Malis, eine Enklave eingerichtet und sie der terroristischen und mit al-Kaida in Verbindung stehenden Gruppierung Ansar Dine übergeben. Dem malischen Militär sei es verboten, das entsprechende Staatsgebiet zu betreten, erklärte Maïga.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61acbd6248fbef2abe19b50e.jpg>

snanews.de: **USA und Nato dürfen nicht ungestraft Menschenleben riskieren – Sacharowa**

Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat sich zu dem Vorfall mit dem Aufklärungsflugzeug der US-Luftwaffe, der sich am Samstagmorgen einem russischen Passagierflugzeug im Luftraum über dem Schwarzen Meer gefährlich angenähert hatte, geäußert.

Ihr zufolge dürfen die USA und die Nato Menschenleben nicht ungestraft riskieren.

„Das Vorgehen der US-Luftwaffe hat die Zivilluftfahrt bedroht. Und wenn nun im Luftraum über den offenen Gewässern des Schwarzen Meeres eine Katastrophe abgewendet wurde, bedeutet dies nicht, dass die USA und die Nato weiterhin Menschenleben ungestraft riskieren dürfen“, schrieb Sacharowa in ihrem Telegram-Kanal.

Sie fügte hinzu, dass die zunehmende Zahl der Flüge von Nato-Flugzeugen in der Nähe der russischen Grenze, einschließlich über dem Schwarzen Meer, das Risiko gefährlicher Zwischenfälle mit zivilen Flugzeugen in sich berge.

„Durch die getroffenen Maßnahmen haben die russischen Fluglotsen sichere Flüge in dem oben genannten Gebiet über den offenen Gewässern des Schwarzen Meeres gewährleistet. In Anbetracht der Tatsache, dass die oben genannten Flüge von Militärflugzeugen ohne Funkverkehr Risiken für die Sicherheit ziviler Flugzeuge im Schwarzmeerraum mit sich bringen, werden die russischen Luftfahrtbehörden über diplomatische Kanäle einen Protest initiieren“, schloss die Sprecherin des Außenministeriums.

Ein russisches Passagierflugzeug, das am Samstag auf dem Weg von Tel Aviv nach Moskau über das Schwarze Meer war, musste wegen einer „gefährlichen Annäherung“ eines US-amerikanischen Aufklärungsflugzeugs vom Typ Boeing RC-135V Rivet Joint eine Kursänderung vornehmen.

Der Pressedienst der russischen Fluggesellschaft Aeroflot bestätigte den Vorfall. An Bord des russischen Zivilflugzeuges A330-300 befanden sich demnach 142 Passagiere.



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/01/46252_0:122:3209:1927_1920x0_80_0_0_cfc6eddb0f0bdccdadfc64f5ea939b7.jpg